

Alternativer STADTKURIER

Informationen für Bitterfeld, Wolfen, Rödgen, Holzweißig,
Thalheim, Greppin, Reuden an der Fuhne und Bobbau

Ausgabe 2 • Mai 2024 • Kostenlos an die Haushalte in Bitterfeld-Wolfen

Seite 1

ZUKUNFT BITTERFELD-WOLFEN

AfD wirkt: Am 1. Juli öffnet die Geburtenstation!

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Bitterfeld-Wolfen, am 1. April 2022 öffnete die Frauenklinik des kürzlich in „Goitzsche Klinik“ umbenannten Krankenhauses in Bitterfeld auf Druck der Bitterfelder Bürger und der

AfD-Fraktionen in Kreistag und Stadtrat. Schon das war ein toller Erfolg (siehe Ausgabe 1 dieser Zeitung). Aber damit wollten wir uns nicht zufriedengeben und forderten schon damals, dass auch die vielen Versprechen, die Geburtenstation der Frauenklinik

wieder zu eröffnen, endlich eingelöst werden sollen. Nun ist es soweit: Ab 1. Juli 2024 werden in Bitterfeld wieder Kinder geboren, was wir – die AfD – uns ganz unbescheiden zurechnen. Lesen Sie dazu unseren ausführlichen Artikel auf Seite 3.



Die Wiedereröffnung der Geburtenstation ist einer unserer wichtigsten Erfolge – wenn Sie wollen, dass wir noch mehr für Sie erreichen, dann machen Sie die AfD stark bei der Kommunalwahl!



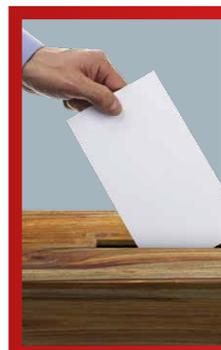
INTERVIEW:

Ein Gespräch mit dem ersten hauptamtlichen Bürgermeister der AfD, Hannes Loth aus Rätzau in Ragnitz-Jeßnitz, auf Seite 6.



GOITZSCHE-SKANDAL:

Wie es weiterging bei der Aufklärung des Verkaufs und wie die Verantwortlichen sich verhalten, lesen Sie Sie auf Seite 12.



KOMMUNALWAHL AM 9. JUNI:

Alle Kandidaten der AfD für die Wahl zum Stadtrat Bitterfeld-Wolfen finden Sie auf Seite 8/9.

Inhalt – Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Vorwort	2
Grußwort	2
Titelthema: Am 1. Juli öffnet die Geburtenstation	3
„Demokratie leben!“	4
Bargeld ist Freiheit!	5
Sicherheit und Ordnung in allen Teilen der Stadt	5
Interview mit Hannes Loth	6
Unsere Kandidaten für den Stadtrat und die Ortschaftsräte	8
Oberbürgermeisterwahl in Bitterfeld-Wolfen: Einspruch und Klage	10
Die Goitzsche gehört den Bürgern!	12
BIG-Hotel für Flüchtlinge?	14
Arbeitspflicht für Asylbewerber	14
Keine Brandmauer: Erfolge unserer AfD-Fraktion	15
Veranstaltungen und Termine	16
KlarText – Der Podcast aus Bitterfeld-Wolfen	16
Kontakt	16
Impressum	16

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leser in Bitterfeld-Wolfen,

im Juni 2023 ist die erste Ausgabe dieses „Alternativen Stadtkuriers“ für Bitterfeld-Wolfen erschienen, zu der wir viel positives Feedback erhielten. Vielen Dank dafür! Wir sind ständig bemüht, unsere Kommunikationskanäle vielfältig und offen zu halten und dabei möglichst viele Bürger unserer Stadt mit unseren Themen zu erreichen, deshalb stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe auch einen weiteren Kanal vor: „KlarText“, den Podcast mit Nico Trübner und mir. Lesen Sie dazu unseren Beitrag auf Seite 16.

Seit Herausgabe unserer ersten Zeitung ist viel passiert. Nicht nur der Wahlkampf und die Oberbürgermeisterwahl liegen hinter uns, sondern auch die Stichwahl zwischen Henning Dornack, der nach dem ersten Wahlgang klar vorne lag, und Armin Schenk, der dann auf wundersame Weise doch wieder Oberbürgermeister wurde. Doch zum politischen Alltag ist im Rat-

haus noch keiner übergegangen, wird die Arbeit des alten und neuen OBs doch überschattet von der Anfechtung der Wahl und dem Antrag auf ein Disziplinarverfahren wegen Fehlverhalten im Wahlkampf. Wir beleuchten beides ausführlich im Artikel Seite 10.

Darüber hinaus wirft natürlich auch die Kommunalwahl ihre Schatten voraus. Am 9. Juni werden – gleichzeitig mit dem EU-Parlament – auch der Kreistag Anhalt-Bitterfeld, der Stadtrat Bitterfeld-Wolfen und alle Ortschaftsräte neu gewählt. Alle 28 AfD-Kandidaten für den Stadtrat finden Sie auf der Doppelseite in der Heftmitte.

Und nun wünsche ich Ihnen viel Freude und Erkenntnisgewinn beim Lesen!

Ihr Daniel Roi MdL
Vorsitzender des
Kreisverbandes



Grußwort des Fraktions- und Stadtverbandsvorsitzenden

Liebe Bitterfeld-Wolfener!

Zunächst einmal möchte ich Ihnen herzlich danken für Ihre Unterstützung im vergangenen Jahr bei meinem Wahlkampf zur Oberbürgermeisterwahl, bei der Wahl selbst und bei der Stichwahl gegen den Amtsinhaber zwei Wochen später. Bitterfeld-Wolfen ist reif für eine politische Wende – das war in dieser für mich persönlich sehr bedeutenden Zeit mehr als offensichtlich.

Inzwischen sind ein paar Monate vergangen, aber die Stimmung, die der Stadt beinahe den Wechsel an der Spitze gebracht hätte, hat sich nicht grundlegend verändert. Immernoch spüre ich bei Gesprächen mit Bürgern, ja sogar mit Mitarbeitern des Rathauses, dass die Leute eine

Veränderung sehr begrüßt hätten. Wie es in der Amtsstube des OB weitergeht, ist im Moment noch offen, auch wenn es bis zur finalen Entscheidung durch die Gerichte sicher noch einige Zeit dauern wird.

Aber die nächste Gelegenheit, etwas Entscheidendes in der Stadtpolitik zu verändern, bietet sich am 9. Juni: An diesem Tag wird der Stadtrat neu gewählt und die AfD steht mit 28 Kandidaten in den Startlöchern, um die stärkste Kraft im Stadtrat von Bitterfeld-Wolfen zu werden: Helfen Sie wieder mit!

Ihr Henning Dornack
Vorsitzender der
Stadtratsfraktion und
des Stadtverbandes



Titelthema: Wir haben es geschafft! Am 1. Juli öffnet die Geburtenstation der Bitterfelder Frauenklinik.

Mit Blick auf die Wiedereröffnung der Frauenklinik in Bitterfeld schrieben wir letztes Jahr in der ersten Ausgabe dieser Zeitung:

„Dass sich der bisherige Kampf der AfD zusammen mit den Bürgern gelohnt hat, ist unbestritten. Die Fraktion der AfD im Kreistag und alle ihre Unterstützer werden aber so lange weiterkämpfen, bis wieder Kinder in unserer Stadt geboren werden!“

Beseelt vom großen Erfolg der Wiedereröffnung der Frauenklinik, der nur möglich war, weil die 11-köpfige Oppositionsfraktion der AfD im Kreistag sich jederzeit sowohl auf die Unterstützung der Bürger aus Bitterfeld und Umgebung als auch auf die Unterstützung der AfD-Landtagsfraktion in dieser Frage verlassen konnte, ließen wir deshalb auch nicht locker, sodass wir jetzt diesen weiteren Erfolg verkünden können.

Denn dass der Bürgerwille auch gegen den Widerstand der Regierenden durchgesetzt werden kann, war davor auch schon bewiesen worden mit der Wiedereröffnung des Spaßbads Woliday in Wolfen. Und im Falle der Geburtenstation sollten sich alle Verantwortlichen nun auch an ihre Zusage halten.

Die Eröffnung der Geburtenstation war zwar mit der Wiedereröffnung der Frauenklinik beschlossen, und immerhin hatte der Landkreis Anhalt-Bitterfeld über 6 Millionen Euro dafür bereitgestellt, die Ende 2020 freigegeben wurden, aber schon zur Eröffnung der Frauenklinik war klar, dass der Termin 1. Juli für die Geburtenstation nicht zu halten sein würde.

Also fragte unser sachkundiger Einwohner Lothar Koppe, der selbst knapp 40 Jahre als Arzt und Chirurg an der Klinik tätig war, im Sozialausschuss immer wieder kritisch nach. Die AfD-Fraktion hatte außerdem im Kreistag gefordert, dass der alte Geschäftsführer entlassen werden sollte, was auch geschah. Inzwischen läuft der Betrieb unter der Leitung eines neuen Chefarztes.

Daniel Roi sagt dazu: „Wir freuen uns, dass wieder Kinder in Bitterfeld-Wolfen geboren werden – das ist nicht nur bedeutend für die wohnortnahe Versorgung in der Gynäkologie und Geburtshilfe, sondern auch ein wichtiges Signal für den Bestand eines gesunden Gemeinwesens in Stadt und Landkreis. Kinder sind unsere Zukunft, und wer in diesem Bereich einspart und abschafft, muss sich nicht über mangelnde Perspektiven wundern.“



Der nächste Schritt als wichtiger Meilenstein in der Willkommenskultur für unsere Kinder ist jetzt, kostenlose Kita-Plätze für die Familien zur Verfügung zu stellen und ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen. Das muss das Land Sachsen-Anhalt angehen und wir werden von der kommunalen Ebene aus diese Forderung immer wieder an die Landesregierung herantragen und als AfD-Landtagsfraktion dafür kämpfen.

Ein weiterer Schritt ist dann die deutliche Verbesserung der Bildung und Ausbildung für unsere Kinder. Hier wollen wir auf kommunaler Ebene für den Erhalt kleiner Schulen vor allem in Holzweißig und Greppin kämpfen, eine bessere Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen erreichen und auf Landesebene bessere – und ideologiefreie – Lehrpläne sowie mehr Personal, sobald die Kollegen der anderen Fraktionen diesen Bedarf endlich auch erkennen oder aber die AfD bei der kommenden Wahl die Stärke erreicht, um das ohne die Zustimmung der anderen durchzusetzen.

Klar ist aber: Das alles geht nur mit der Unterstützung der Bürger – als Wähler, als Fragesteller und Leserbriefschreiber, als Demoteilnehmer oder als Petitionsunterschrreiber. So wie im Fall der Frauenklinik und der Geburtenstation in Bitterfeld.“



Volker Olenicak, Ulrich Siegmund, Oliver Kirchner, Daniel Roi, Hannes Loth: AfD-Politiker in Land und Landkreis machten sich stark für die Frauenklinik und die Geburtenstation.

„Demokratie leben!“ – Unter diesem Begriff bekämpfen sie die Demokratie!



Einmal im Monat für Frieden und Gerechtigkeit auf die Straße: Mehr Demokratie geht nicht – jedenfalls nicht in unseren Augen.

Seit November 2021 finden in Bitterfeld-Wolfen unsere regelmäßigen Demonstrationen statt. Der erste Montag im Monat (mit wenigen Ausnahmen) ist inzwischen für viele zu einem festen Termin für den friedlichen Spaziergang und die Kundgebungen auf dem Marktplatz Bitterfeld geworden, die sich stets mit Themen wie Freiheit und Demokratie, Frieden und dem Erhalt bzw. der Rückgewinnung unseres Wohlstands und unserer Daseinsvorsorge beschäftigen.

Diese Bürgerproteste stören den etablierten Politikbetrieb erheblich – man wäre gerne unter sich. Aber unsere Stadt und die Orte im Landkreis haben sich mit der Unterstützung der Bürger zu regelrechten Horten der Vernunft entwickelt, was sich auch daran zeigt, dass auf Druck der Öffentlichkeit schon so manche Entscheidung rückgängig gemacht werden musste, die den Bürgern geschadet hätte – wie z.B. die Schließung des Spaßbads in Wolfen und der Frauenklinik in Bitterfeld. Beides ist bekanntlich inzwischen wieder geöffnet!

Das Mittel der Wahl, mit dem man diese, den Bürgerwillen durchsetzenden Aktionen schlechtmachen und brandmarken will, ist ein Programm des Bundesfamilienministeriums, das „Demokratie leben!“ heißt. Bundesfamilienministerin Paus setzt damit jährlich ca. 200 Millionen Steuergeld für die Förderung von „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ ein. Seit 2015 beteiligt sich die Stadt daran (wir berichteten in der ersten Ausgabe) und fördert seitdem mit einem jährlichen Budget von über 130.000 € die sogenannte „Partnerschaft für Demo-

kratie“ (mit zwei Beschäftigten). Im aktuellen Haushalt sind sogar 160.000 € eingeplant – verbranntes Geld in unseren Augen, dessen Einsatz nicht die Demokratie sondern eine weitere Spaltung der Gesellschaft zum Ziel hat in die „Anständigen“ und die anderen.

Inzwischen streiten die Ampelkoalitionäre in Berlin, ob das Gesetz überhaupt verfassungskonform ist. Auch der Bundesrechnungshof kritisiert, dass eine „sachgerechte Zielerreichungskontrolle“ nicht möglich sei und dem Bund außerdem die Zuständigkeit fehlen würde.

Zurück nach Bitterfeld-Wolfen, denn die Gelder fließen derweil trotzdem: Finanziert wurden verschiedene Plakatserien und weitere Aktionen wie die „Lichtinstallation“, die Teilnehmer unserer Demo blenden sollte. Die AfD-Fraktion im Stadtrat hatte hierzu im Frühjahr 2022 einen umfangreichen Fragenkatalog eingereicht, der im Mai desselben Jahres beantwortet wurde. Darin heißt es zu den Kosten: „Für die Plakatserie ‚Fakten statt Fake-News‘ wurden 470,36 € aufgewendet.“, „Für die Kampagne ‚BiWo-sagt-danke‘ wurden 1.588,65 € aufgewendet.“, „Für die Plakatserie ‚4G‘ wurden 849,95 € aufgewendet.“, „Für die Aktion Lichtprojektion ‚4G‘ auf dem Marktplatz im OT Bitterfeld wurden 3.784,56 € aufgewendet.“

Knapp 7.000 € also für die Umsetzung von Werbung für Ideologie und „gegen Rechts“ – was auch immer man darunter verstehen will. Organisiert wird alles vom Jugendclub '83 e.V., der als Träger die Koordinierungs-

und Fachstelle ist, und in dessen Betrieb für Personal der Rest der Summe fließen dürfte. Einer der Angestellten über diese Gelder ist der grüne Stadtrat Christian Hennicke. Die Entscheidung über die Vergabe der Projekte trifft übrigens ein sogenannter „Begleitausschuss“ und eine „Regiestelle“ beim Bundesfamilienministerium.

Kay-Uwe Ziegler sagt: „Inzwischen haben wir Aufklärung über die Projektfinanzierung erhalten, die sich mit Aktionen gegen die eigenen Bürger und eine legitime Opposition richtet. Hier ist klar erkennbar, dass eine Menge Geld für Unsinn verbrannt wird. Mit einer ausreichenden Mehrheit bei der bevorstehenden Kommunalwahl werden wir hier Sinnvolles von Ideologischem trennen und dafür sorgen, dass das Geld nur noch in sinnvolle Projekte fließt.“



Nicht alle sind einverstanden: Dieses Plakat aus der 4G-Kampagne ist von einem Unbekannten beschädigt worden.

Knapp 5 Euro Gebühr für Bargeld am Schalter!

Am 16. Februar 2024 beantwortete die Landesregierung eine kleine Anfrage unseres Landtagsabgeordneten Daniel Roi. Der wollte wissen, welche Sparkassen in Sachsen-Anhalt bereits Gebühren für das Abheben von Bargeld am Geldautomaten bzw. am Schalter berechnen und ob bzw. wie sich diese Gebühren im Jahr 2024 erhöhen.

Die Anfrage sollte beleuchten, inwieweit die Sparkassen sich dabei beteiligen, Bargeld systematisch unattraktiver zu machen. Erst waren im Zuge der Corona-Maßnahmen die Automaten nur noch eingeschränkt nutzbar. Dann folgte die Energiekrise und man schränkte den Zugang zu Filialen mit Geldautomaten weiter ein, um Energie zu sparen. Aktuell wird mit der Sicherheitslage argumentiert: Man habe Angst vor Sprengungen und lasse daher den Zugang zu Automaten in den Nachtstunden geschlossen.

Jetzt wird das Abheben von Bargeld an Automaten und am Schalter schrittweise verteuert. Den unrühmlichen Anfang macht hier die Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld.

Sie argumentiert mit gestiegenen Personalkosten und dem Aufwand.

Daniel Roi sagt dazu: „Die Sparkassen haben den öffentlich-rechtlichen Auftrag, die Bevölkerung mit Bargeld zu versorgen. Daher habe ich für das Aufrufen von Gebühren für die Auszahlung am Schalter kein Verständnis. Die Erhöhung trifft vor allem unsere Rentner, die sehr oft die Schalter nutzen, um Geld abzuheben. In Anhalt-Bitterfeld sollen ab dem 1. Juli 2024 alle Kunden am Schalter knapp 5 Euro zahlen müssen. Das ist ein Unding und vollkommen unsozial.“

Tatsächlich offenbart die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage des Abgeordneten, dass nur die Sparkasse Anhalt-Bitterfeld für neue Konten seit dem 1. Januar 2024 je nach Kontomodell zwischen 25 Cent und einem Euro für eine Abhebung am Automaten und sage und schreibe 4,95 Euro für die Abhebung am Schalter berechnet. Im Laufe des Jahres werden auch Bestandskonten dieser Gebührenordnung unterworfen. Die anderen Sparkassen verzichten auf

diese Gebühr oder sie fällt deutlich niedriger aus. Wie der regionale Unterschied zustandekommt, geht aus der Antwort auf die Anfrage allerdings nicht hervor.

Der Verwaltungsrat ist übrigens mehrheitlich durch Vertreter der Fraktionen CDU/FDP und SPD/Grüne besetzt. Damit wissen die Bürger jetzt, wem sie diese Erhöhung zu verdanken haben.



Bargeldabhebungen am Schalter der Sparkassen sind in Anhalt-Bitterfeld ein teurer Spaß.

Sicherheit und Ordnung in allen Teilen der Stadt

Am neu gebauten Busbahnhof Wolfen kam es viele Monate lang immer wieder zu Vandalismus: Graffiti-Schmierereien, Urin, Abfall ... nicht gerade ein Aushängeschild für Ankommer und Umsteiger. Ähnlich sehen die Fahrstühle der Bahn aus, hier kommt es wöchentlich zu Vandalismus.

Die Polizei sah das bisher nicht als Schwerpunkt, bzw. es wurden von Seiten der Stadt auch keine Anzeigen erstattet.

Daniel Roi, Vorsitzender des Ausschusses für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen, schlug daher zunächst vor, endlich alle Beschädigungen konsequent zur Anzeige zu bringen. Außerdem wird nun durch regelmäßige Streifenfahrten der Polizei Druck auf die Täter ausgeübt. In der



So muss ein gepflegter Busbahnhof aussehen.

Vergangenheit war es nämlich auch schon mehrfach zu Einbrüchen gekommen auf den Bahnkiosk und den DLRG, der im Gebäude seine Räume hat. Der Umsteigeplatz ist inzwischen gesäubert, und wir



So nicht.

werden darauf achten, dass das so bleibt. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass auch in allen übrigen Teilen der Stadt ähnlich konsequent gegen Beschädigungen vorgegangen wird.

Interview mit Hannes Loth: Der erste hauptamtliche AfD-Bürgermeister Deutschlands im Gespräch



Der erste hauptamtliche Bürgermeister der AfD kommt aus Raguhn-Jeßnitz: Hannes Loth.

StadtKurier: Herr Loth, am 2. Juli 2023 fand die Stichwahl gegen Nils Naumann um das Amt des Bürgermeisters von Raguhn-Jeßnitz statt. Mit 51,13 Prozent konnten Sie diese für sich entscheiden. Seitdem hat die erste deutsche Stadt einen AfD-Bürgermeister. Was waren Ihre ersten Gedanken?

Loth: Ich habe sofort eine große Dankbarkeit gespürt. Ich war natürlich meiner Frau extrem dankbar für die Unterstützung, meinem Team, das mit mir zusammen gekämpft hat, aber besonders auch den Raguhn-Jeßnitzern, dass sie mir trotz der vielen Warnungen vor der bösen AfD ihre Stimme gegeben haben. Offenbar haben die Bürger unserer Stadt mehr Vertrauen in meine Fähigkeiten als Bürgermeister als in die Warnungen und Verleumdungen, die es im Vorfeld ja auch schon gab. Über die Falschdarstellungen, die wenige Wochen danach durch die Medien gingen, habe ich mich ja schon nicht mehr gewundert.

StadtKurier: Sie sprechen von der Pressekampagne, die ihren Ursprung in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung am 11. Oktober 2023 nahm?

Loth: Genau. In dem Artikel wurden eine ganze Menge Halb- und Unwahrheiten

formuliert, Wichtiges wurde weggelassen, die Dinge wurden nicht nachrecherchiert, man hat mir einfach nicht zugehört. Danach wurde das von unzähligen Medien in allen möglichen Formaten, Zeitungen, TikToks, Facebook- oder Instagram-Kacheln wiedergegeben und stellenweise noch weiter verfälscht.

Es war schon krass zu sehen, dass die gesamte Journaille des Landes offenbar denkt, dass man als frisch gewählter Bürgermeister alle Wahlziele, die man sich für eine siebenjährige Amtszeit vorgenommen hat, in 90 Tagen umsetzen kann. Ich war stellenweise echt sauer. Empörend ist, dass angebliche Journalisten keine Ahnung von Zuständigkeiten und Gesetzen sowie der Verfassung zu haben scheinen. Immer wieder wurde geschrieben, „Der Bürgermeister hat beschlossen ...“ – das ist ja der größte Unfug, denn in einer Demokratie entscheiden die Räte. Das könnte man in den Redaktionsstuben auch schon mal gehört haben.

StadtKurier: Wie war das für die Mitarbeiter der Verwaltung?

Loth: Ich denke, viele haben die Kampagne mitbekommen und sich dieselben Fragen gestellt wie ich. Letztendlich werden weder Stadträte noch Mitarbeiter der Verwaltung

künftig gerne mit der Presse reden, denn auch von Ihnen wurden Aussagen verkürzt und stellenweise falsch wiedergeben. Das Vertrauen in die sogenannte vierte Gewalt ist jedenfalls nicht gewachsen.

StadtKurier: Sie haben einen Anwalt beauftragt, gegen verschiedene Medien vorzugehen. Wie ist da der Stand?

Loth: Ich wollte, dass sich sofort ein Profi darum kümmert, denn nach allem, was ich auch im Wahlkampf schon gewohnt war und was andere Mandatsträger der AfD erfahren haben, habe ich nicht darauf gehofft, dass die Presse ihre Aussagen richtigstellt, nur weil ich sie darum bitte. Der MDR hat sich nach dem Schreiben meines Rechtsanwalts von allein berichtigt. Eine Richtigstellung erfolgte auch bei Radio Brocken, bei T-Online und der Funke Mediengruppe. Mit der Süddeutschen Zeitung gehen wir in den kommenden Monaten noch vor Gericht, denn dort ist bisher kein Einlenken erfolgt. Unser Schriftsatz ist bereits eingegangen, wir warten auf den Schriftsatz der Gegenseite.

StadtKurier: Unter anderem wurde Ihnen ja vorgeworfen, nicht umzusetzen, was Sie im Wahlkampf versprochen haben. Aber gehen wir die Dinge doch mal durch, was haben Sie umgesetzt?

Loth: In den ersten 200 Tagen meiner Amtszeit ist da schon etwas zusammengekommen: Ich habe innerhalb von zwei Monaten den Haushalt für das Jahr 2024 erarbeitet. Gleichzeitig habe ich die Aufarbeitung der Jahresabschlüsse intensiviert. Die Ausgabenanalyse, die ich noch in meiner Zeit als Stadtrat beantragt hatte, liegt beim Finanzministerium vor und wird mir in Kürze zugestellt. Gebäude der FFW an vier Standorten wurden saniert und ein weiteres Feuerwehrgebäude ist im Bau, auch habe ich eine neue Sirene geplant. Ich bin mit einigen Investoren im Gespräch, die in Raguhn-Jeßnitz investieren wollen. Wichtige Entscheidungen hierzu werden in den nächsten Wochen fallen. Ich habe mehrere Straßen instandsetzen lassen. Die Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgern wurde verbessert.

StadtKurier: Ein Wahlversprechen von Ihnen war, die Stadt für Investoren attraktiver zu machen. Die Gewerbesteuer wurde aber mit Ihrer Zustimmung bzw. ohne Ihre Gegenstimme erhöht.

Loth: Es gibt viele Faktoren, die einen Standort für Gewerbetreibende attraktiv machen. Die spiegeln sich in meinem

5-Punkte-Plan für Raguhn-Jeßnitz. Ich habe direkt nach meiner Wahl begonnen, diese Punkte in konkrete Politik umzusetzen. Inzwischen bin ich mit insgesamt vier Investoren aus den Bereichen Metallbau, Lager und Versand sowie Lebensmittelproduktion im Gespräch und befinde mich mit ihnen in Verhandlung. In Raguhn-Jeßnitz ist der Gewerbesteuerhebesatz trotz einer geringen Steigerung bei 350. In der Nachbarstadt Bitterfeld-Wolfen ist er bei 400.

StadtKurier: Aber die Kita-Gebühr wurde in Ihrer Amtszeit erhöht, obwohl Sie sich im Wahlkampf gegen jede Erhöhung ausgesprochen haben. Ist das kein Widerspruch?

Loth: Ein Versprechen, dass Kita-Gebühren nicht steigen, kann kein Bürgermeister geben, da die Kommune das nicht entscheidet. Auch ich habe dieses Versprechen nicht gegeben, vertrete aber sehr wohl die Meinung, dass der Besuch einer Kita überall in Sachsen-Anhalt kostenlos sein sollte. Für Raguhn-Jeßnitz bedeutet das, eine Erhöhung der Kita-Beiträge um 60 %, wie aus der Verwaltung vorgeschlagen wurde, abzulehnen. Bereits in der ersten Sitzung

des Sozialausschuss habe ich dem also als Bürgermeister widersprochen. In einer Beratung mit dem Stadtelternrat wenige Tage später empfahl ich stattdessen, keine Erhöhungen vorzunehmen. Trotzdem hat der Stadtelternrat eine Steigerung der Beiträge um 20 Euro vorgeschlagen. Dem sind die Ausschüsse schließlich gefolgt.

StadtKurier: Diese Schilderung unterscheidet sich ja stark von der Darstellung in den Medien. Dort war überall zu lesen, Sie hätten kostenlose Kitas versprochen, aber nach Amstantritt sofort die Gebühren erhöht.

Loth: Ich sage ja, bei den Berichten handelt es sich um eine reine Pressekampagne. Und ich werde Berichten, die nicht der Wahrheit entsprechen, konsequent mit anwaltlicher Hilfe entgegentreten. Was mich auch sehr irritiert, ist die Ideenlosigkeit der deutschen Presselandschaft, die durch die Sache sichtbar wurde. Der Atrikel der SZ wurde in regionale Zeitungen und überregionale Medien übernommen, ohne dass die Redakteure selbst recherchiert hätten. Ich hätte das nicht für möglich gehalten.

Heute ist mir bewusst geworden, was der Satz bedeutet: „Wer Zeitung liest, weiß nicht, was in der Welt passiert, er weiß bloß, was in der Zeitung steht.“

StadtKurier: Was sind Ihre weiteren Pläne für die Stadt Raguhn-Jeßnitz, womit können die Bürger rechnen?

Loth: Wir werden unsere Infrastruktur weiter verbessern. Dazu gehören auch die ärztliche Versorgung und die Einrichtungen für Bildung inklusive Kinderbetreuung. Die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern liegt mir noch am Herzen, auch damit die Bürger von Raguhn-Jeßnitz sich nicht durch sinnverstellende Medienkampagnen von außen aufhetzen lassen. Ich beabsichtige auch, die Pfändung von GEZ-Gebühren durch die Verwaltung einzustellen.

StadtKurier: Vielen Dank.



2. Juli 2023: Das Ergebnis steht fest, der anstrengende Wahlkampf hat sich gelohnt.

Kommunalwahl am 9. Juni: 28 Kandidaten der AfD stehen für die Wahl zum Stadtrat bereit!



Listenplatz 1
Roi, Daniel
*1987
Mitglied des Landtages /
Ing. Landwirtschaft
OT Thalheim



Listenplatz 8
Rickelt, Jana
*1973
Verkäuferin
OT Stadt Bitterfeld



Listenplatz 15
Lieder-Michel, Gisela
*1959
Köchin
OT Thalheim



Listenplatz 2
Dornack, Henning
*1962
Polizeivollzugsbeamter
OT Stadt Bitterfeld



Listenplatz 9
Burghausen, Jutta
*1953
Krankenschwester
OT Stadt Wolfen



Listenplatz 16
Stammer, Jenny
*1990
Frisörin
OT Thalheim



Listenplatz 3
Ziegler, Kay-Uwe
*1963
Bundestagsabgeordneter /
Geschäftsführer
OT Stadt Bitterfeld



Listenplatz 10
Gommlich, Margitta
*1955
Industriekauffrau
OT Stadt Wolfen



Listenplatz 17
Pinz, Daniela
*1979
Bürokauffrau
OT Stadt Wolfen



Listenplatz 4
Stammer, Enrico
*1986
Mechatroniker
OT Thalheim



Listenplatz 11
Schaarschmidt, Dirk
*1972
Einzelunternehmer
OT Stadt Wolfen



Listenplatz 18
Junkert, Christian
*1988
Fachkraft für
Lagerlogistik
OT Stadt Wolfen



Listenplatz 5
Wendt, Falko
*1968
Baufacharbeiter
OT Greppin



Listenplatz 12
Sterl, Sebastian
*1988
Fachkraft für Abwasser-
technik
OT Stadt Wolfen



Listenplatz 19
Riemann, Christian
*1983
Informatiker
OT Stadt Bitterfeld



Listenplatz 6
Lieder, Jörg
*1962
Tischler /Zimmermann
OT Thalheim



Listenplatz 13
Nierzwicki, Frank
*1954
Diplom-Ingenieur
OT Reuden an der Fuhne



Listenplatz 20
Harp, Patrick Steven
*1990
Verkäufer / Stellv.
Lagerleitung
OT Stadt Wolfen



Listenplatz 7
Koppe, Lothar
*1955
Facharzt für Chirurgie
OT Stadt Bitterfeld



Listenplatz 14
Gellert, Jürgen
*1957
Meister für Groß- und
Einzelhandel
OT Stadt Wolfen



Listenplatz 21
Molzahn, Norbert
*1954
Polier Hochbau
OT Stadt Bitterfeld



Listenplatz 22
Urban, René
 *1978
 Elektriker
 OT Thalheim



Listenplatz 23
Hemmerling, Sybille
 *1950
 Bankkauffrau
 OT Holzweißig



Listenplatz 24
Vesper, Kay
 *1985
 Elektroanlagenmonteur
 OT Thalheim



Listenplatz 25
Garten, Klaus
 *1965
 Maurer
 OT Reuden an der Fuhne



Listenplatz 26
Neuber, Frank
 *1969
 Berufskraftfahrer
 OT Stadt Bitterfeld



Listenplatz 27
Talke, Glenn
 *1968
 Ofensetzer / Fliesenleger
 OT Holzweißig



Listenplatz 28
Vollmann, René
 *1968
 Elektromechaniker
 OT Stadt Bitterfeld

Unsere Kandidaten für die Ortschaftsräte:

Ortschaftsrat Stadt Bitterfeld

1. Ziegler, Kay-Uwe
2. Dornack, Henning
3. Koppe, Lothar
4. Riemann, Christian
5. Rickelt, Jana
6. Molzahn, Norbert
7. Osmanski, Birgit
8. Neuber, Frank
9. Vollmann, René

Ortschaftsrat Greppin

1. Wendt, Falko

Ortschaftsrat Holzweißig

1. Hemmerling, Sybille
2. Talke, Glenn

Ortschaftsrat Reuden an der Fuhne

1. Garten, Klaus

Ortschaftsrat Thalheim

1. Roi, Daniel
2. Lieder, Jörg
3. Loutchan, Uwe
4. Stammer, Enrico
5. Lieder-Michel, Gisela
6. Dietrich, Nico
7. Stammer, Jenny
8. Urban, René
9. Götze, Volker
10. Weiske, Renate
11. Degenhardt, Norbert
12. Vesper, Kay

Ortschaftsrat Wolfen

1. Sterl, Sebastian
2. Burghausen, Jutta
3. Gommlich, Margitta
4. Gellert, Jürgen
5. Schaarschmidt, Dirk
6. Junkert, Christian
7. Pinz, Daniela
8. Harp, Patrick Steven

So geht's:

Wahl:

Bei jeder Wahl (für den Kreistag Anhalt-Bitterfeld, den Stadtrat Bitterfeld-Wolfen und Ihren Ortschaftsrat) erhalten Sie je einen Stimmzettel. Sie haben jeweils 3 Stimmen, die sie entweder einem oder mehreren Kandidaten geben können. Vergeben Sie pro Stimmzettel nicht mehr als 3 Stimmen, sonst ist die Wahl ungültig!

Auszählung:

Die Auszählung der Stimmzettel ist öffentlich! Sie dürfen also im Wahllokal dabei sein, wenn Sie den Auszählvorgang nicht stören. Für die Sitzverteilung im jeweiligen Rat wird zuerst die Anzahl der Sitze für die Parteien/Wählergruppen über deren Gesamtergebnis ermittelt. Die Sitze erhalten dann die Kandidaten der Liste, die die meisten Stimmen erhalten haben.

So:

Alternative für Deutschland			
			AfD
Kandidat 1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Oder so:

Alternative für Deutschland			
			AfD
Kandidat 1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kandidat 2	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Oder so:

Alternative für Deutschland			
			AfD
Kandidat 1	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kandidat 2	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kandidat 3	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Oberbürgermeisterwahl in Bitterfeld-Wolfen: Einspruch und Klage – Wie geht es weiter?

Am 24. September 2023 fand in Bitterfeld-Wolfen die Oberbürgermeisterwahl statt. Am Abend dieses Sonntags stand fest, dass Henning Dornack, der mit knapp 34 Prozent die meisten Stimmen erhalten hatte, in die Stichwahl gegen den Amtsinhaber gehen würde, der ca. 29 Prozent erreicht hatte.

Zwei Wochen später war es soweit: Die Bürger in Bitterfeld-Wolfen wurden ein zweites

Mal an die Urne gebeten, um zwischen den beiden Stichwahlkandidaten von AfD und CDU zu entscheiden. Überraschend stand das Ergebnis am späten Abend fest: Armin Schenk konnte sein Amt verteidigen und war mit 53,8 Prozent gewählt.

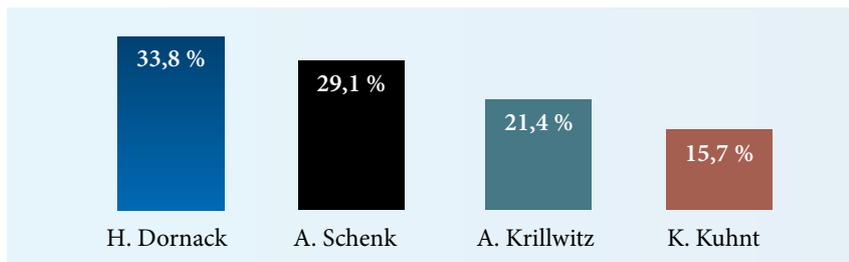
Was für viele unerwartet kam, hatte sich in den zwei Wochen zwischen dem ersten und dem zweiten Wahltermin für so manchen Beobachter schon angekündigt:

Schenk hatte seine Wahlkampfaktivitäten intensiviert und vor allem auch auf Veranstaltungen in Alten-, Pflege- und Behindertenheimen konzentriert. Nachdem die Ergebnisse veröffentlicht wurden, war sodann auch ein Anstieg der Briefwahlstimmen zugunsten von Schenk um über 60 Prozent im Vergleich zum ersten Wahlgang zu verzeichnen. Ein Grund für ein Mitglied der AfD im Stadtverband, sich mit den Dingen etwas genauer zu beschäftigen. Das wiederum führte dazu, dass am 24. November beim Stadtwahlleiter Joachim Teichmann Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl eingereicht wurde. Und das 10-seitige Dokument hat es in sich.

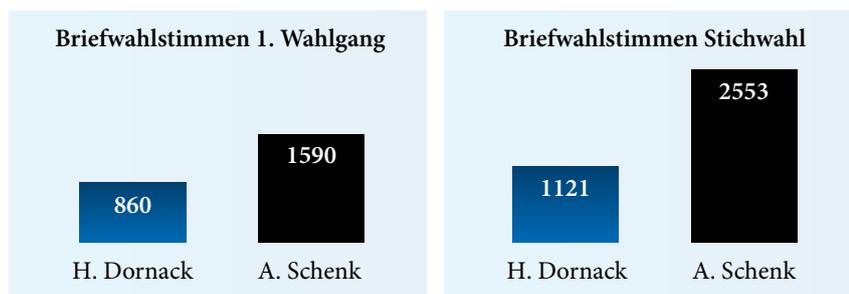
Zum einen wird die Unzulässigkeit der Nutzung kommunaler Ressourcen durch den Oberbürgermeister und seine Mitarbeiter kritisiert. So hatte Schenk mutmaßlich durch städtische Bedienstete Termine in sämtlichen Betreuungseinrichtungen festlegen lassen, die er dann besuchte. Auf eine ähnliche Weise wurden auch bereits vor dem ersten Wahlgang alle sieben Ortsfeuerwehren besucht, in denen als kommunale Einrichtungen eigentlich kein Wahlkampf gemacht werden darf.

Zum anderen wird darauf hingewiesen, dass es signifikante Auffälligkeiten im Briefwahlergebnis der Stichwahl gab, nämlich die oben bereits erwähnte sprunghafte Steigerung der Zahl der Briefwähler zugunsten von Schenk und die untypische Verteilung auf die beiden Kandidaten.

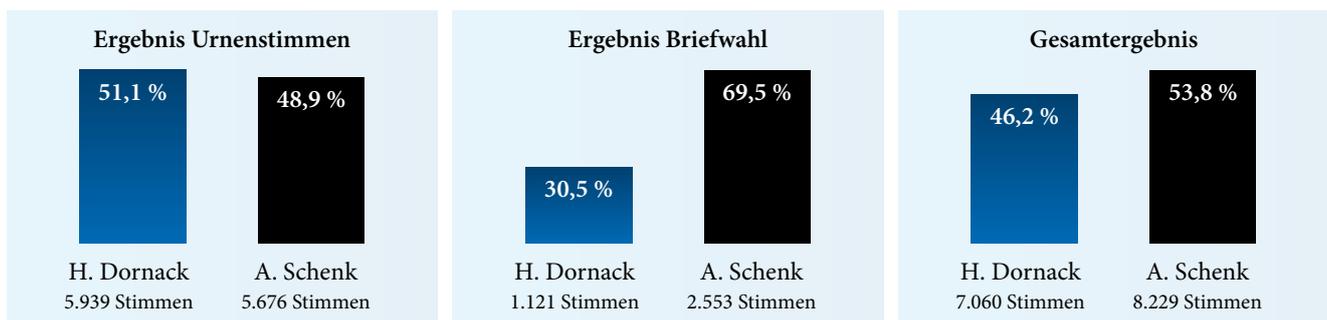
Oberbürgermeisterwahl Bitterfeld-Wolfen – Gesamtergebnis
Ergebnis des 1. Wahlgangs am 24. September 2023



Oberbürgermeisterwahl Bitterfeld-Wolfen
Briefwahlstimmen (Dornack / Schenk) – Vergleich 1. Wahlgang und Stichwahl



Oberbürgermeisterwahl Bitterfeld-Wolfen
Ergebnis der Stichwahl (Henning Dornack / Armin Schenk) am 8. Oktober 2023



**Ergebnis der Abstimmung über die
Gültigkeit der OB-Wahl im Stadtrat
am 10. Januar 2024**

Dagmar Zoschke	Ja
Dr. Joachim Gülland	Ja
Lisa Günz	Ja
Detlef Pasbrig	Ja
Dr. Horst Sendner	Ja
Torsten Weiser	Ja
Sabine Griebisch	Ja
Christian Hennicke	Ja
Matthias Berger	Ja
Gerhard Hamerla	Ja
Klaus-Dieter Kohlmann	Ja
Uwe Müller	Ja
Hans-Christian Quilitzsch	Ja
Peter Schenk	Ja
Bernd Kosmehl	Ja
Mirko Claus	Ja
Dr. Holger Welsch	Ja
Hans-Jürgen Präßler	Ja
Peter Ziehm	Ja
Stephan Faßbauer	Ja
Uwe Bruchmüller	Nein
Annett Westphal	Nein
Henning Dornack	Nein
Margitta Gommlich	Nein
Lothar Koppe	Nein
Jörg Lieder	Nein
Daniel Roi	Nein
Enrico Stammer	Nein
Falko Wendt	Nein
Kay-Uwe Ziegler	Nein
Daniel Backes	Nein
Siegmar Herrmann	Nein
Ralf Kalisch	Nein
André Krillwitz	Nein
Dieter Krillwitz	Nein
Birgit Todorovic	Nein
Andreas Zachlod	Nein
Julia Roye	n.a.
Marko Roye	n.a.
Christian Heßler	n.a.



Henning Dornack beim Oberbürgermeister-Wahlkampf im Sommer 2024: Wir waren hochmotiviert und der Wechsel war greifbar.

In seiner Sitzung am 10. Januar 2024 erklärte der Stadtrat die Wahl trotzdem für gültig. Die Abstimmung dazu ging 20 : 17 für die Gültigkeit der Wahl aus, woraufhin der Einspruchsführer Klage beim Verwaltungsgericht Halle einreichte.

Ein schnelles Ergebnis ist hier natürlich nicht zu erwarten. Dazu trägt auch der Umstand bei, dass das Verwaltungsgericht noch auf das Protokoll der Sitzung vom 10. Januar wartet. Gegen dieses musste die AfD-Fraktion nämlich Einspruch einlegen, weil darin entgegen der sonst üblichen Verfahrensweise nichts aus der Diskussion im Vorfeld der Abstimmung zu lesen ist, sondern einzig die Stellungnahme des Oberbürgermeisters aufgenommen wurde – was als der nächste Versuch gewertet werden kann, Einfluss auf das Verfahren zu nehmen. Ob das bereits als Manipulationsversuch gewertet werden muss? Erst am 29. Mai findet die nächste Stadtratssitzung statt, in der das Protokoll der Sitzung vom 10. Januar beschlossen werden kann.

Trotz dieser Verzögerungen dürfen wir nicht ganz ohne Grund damit rechnen,

dass es dazu kommen könnte, dass die Oberbürgermeisterwahl wiederholt werden muss. Denn die Verstöße, die der alte und neue Oberbürgermeister im Wahlkampf begangen hat, haben die Mitglieder des Stadtrates auch gesehen.

In der Sitzung am 27. Februar 2024 wurde nämlich ein Beschlussantrag verabschiedet für ein Disziplinarverfahren gegen OB Schenk wegen Verfehlungen im Wahlkampf. Insbesondere die Wahlkampf-Auftritte in allen Ortsfeuerwehren unter Missbrauch seiner Amtsfunktion sollen hier untersucht werden, und die Kommunaufsicht prüft, ob Verwaltungsmitarbeiter mit Ressourcen der Stadt illegal Wahlkampf gemacht haben.

Dieses Verfahren läuft, wird sich aber wahrscheinlich auch mehrere Monate hinziehen, weshalb sich die Bürger, die den Wechsel im Rathaus gern gesehen hätten, noch werden gedulden müssen. Aber wir von der AfD und unsere Unterstützer haben einen langen Atem und werden natürlich auch hier sehr hartnäckig und geduldig sein.

Die Goitzsche gehört den Bürgern!



Am 4.12.2023 trat der Stadtrat vom Verkauf der Goitzsche zurück.

Der Verkauf der Goitzsche an einen privaten Investor zum Schleuderpreis wird von einer starken AfD-Fraktion im Stadtrat aufgeklärt – lückenlos.

In der ersten Ausgabe des Stadtkuriers vom Juni 2023 berichteten wir ausführlich über den Stand der Aufklärungsarbeit zum Verkauf der Goitzsche an einen privaten Investor. Fünf Stadträte – darunter Kay-Uwe Ziegler von der Fraktion der AfD – hatten diese Arbeit angestoßen, die mithilfe einer Anwaltskanzlei heute ein ganzes Stück weiter ist mit ihrem Anliegen, Licht ins Dunkle der Goitzsche-Geschäfte zu bringen.

Fünf Fragen waren seinerzeit an den Oberbürgermeister gestellt worden, die sich mit vertraglichen Details und darin festgelegten beiderseitigen Bedingungen befassten und unter anderem mit der Frage, unter welchen Umständen ein Rückkauf des beliebten Ausflugsareals möglich wäre. Die Antwort fiel genauso enttäuschend wie ungeheuerlich aus: Man könne die Fragen nicht beantworten, da das Vertragswerk so umfangreich sei.

Arbeitsintensive Wochen folgten, denn über 3.000 Aktenordner mussten gesichtet werden, um Klarheit in die gesamte Angelegenheit zu bringen.

Auf die erfolgreiche BQP-Aufklärung folgt nun die Rückabwicklung des Goitzsche-Verkaufes

Auf einer Sondersitzung des Stadtrates am 04. Dezember 2023 wurde dann endlich nach intensiver Vorbereitung durch die BQP-Arbeitsgruppe die Rückabwicklung des Goitzsche-Verkaufes mit großer Mehrheit beschlossen.

Unsere stadtseigene STEG (Stadtentwicklungsgesellschaft Bitterfeld-Wolfen mbH), die aus der Verschmelzung von EWN mbH Stadtteilmanagement & Stadtentwicklung und IPG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH entstanden ist, und Ihre Geschäftsführung sind heute hauptverantwortlich für die beschlossene Rückabwicklung – und zwar in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat. Hierfür wurde Ende Februar 2024 ein vorläufiger beschließender Ausschuss für die Rückabwicklung des Goitzsche-Verkaufes gebildet. Dieser Ausschuss wird nun mit der STEG und der verant-

wortlichen Anwaltskanzlei alle notwendigen weiteren Schritte beraten und dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegen.

Warum die aktuelle Medien-Kampagne ein Wahlkampfmanöver der politisch verantwortlichen CDU ist

In verschiedenen Medien konnte man nach der Stadtratssitzung am 17. April 2024 – unter anderem auch in der Mitteldeutschen Zeitung – folgende Schlagzeilen lesen: „Goitzsche-Verkauf wohl rechters“. Der nicht öffentliche anwaltliche Abschlussbericht zum „Goitzsche-Verkauf und BQP-Liquidation“ wurde quasi über Nacht unzulässigerweise aus dem Bitterfeld-Wolfener Rathaus an die Medien weitergereicht. Hier wird kurz vor der Kommunal- und EU-Wahl am 9. Juni der Versuch gemacht, den Bürgern massiv Sand in die Augen zu streuen, um den Skandal noch eine Weile unter den Teppich zu kehren.

Die örtliche CDU und namentlich auch der CDU-Landrat Andy Grabner sowie sein Vorgänger Uwe Schulze und der Spitzenkandidat der CDU für die Stadtratswahl Maik Leuschner sprechen in sozialen Medien sogar von „Steuergeldverschwendung“, die angeblich durch die Kosten der Anwaltskanzlei für die Prüfung der Sachverhalte entstanden wäre. Diese Einmischung und Bewertung von Angelegenheiten und demokratisch gefassten Beschlüssen des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen ist eine Unverschämtheit und Grenzüberschreitung sondergleichen. Hier schreit jemand laut: „Haltet den Dieb, er hat mein Messer im Rücken!“.

Die Kosten für die Aufklärungsarbeit betragen aktuell um die 200.000 Euro. Der angerichtete Schaden für den Steuerzahler durch die Liquidation der BQP und den Goitzsche-Verkauf ist jedoch in einer Größenordnung zwischen 300 und 500 Millionen Euro anzusiedeln. Deshalb sieht die AfD-Fraktion keine andere Möglichkeit, als die Aufklärung der BQP-Liquidation und die Rückabwicklung des Goitzsche-Verkaufes gegen alle Widerstände im Stadtrat weiter voranzutreiben.

Die AfD-Fraktion im Stadtrat von Bitterfeld-Wolfen spricht diesbezüglich auch gern sehr deutlich von der „Goitzsche-Mafia“. Gemeint ist damit das Netzwerk aus Politikern, Verwaltungsmitarbeitern und Immobilienunternehmern – in der Regel aus Kreisen, die seit vielen Jahren der regionalen CDU nahestehen. Diese Personengruppe betrieb – der Meinung von Kay-Uwe Ziegler nach – die Privatisierung, also den Verkauf der Goitzsche, schon mindestens seit dem Jahr 2006. Und schon zu diesem Zeitpunkt waren die späteren Käufer von 2013, also die Blaussee-Merckle-Milliardäre, die „Interessenten“ im Hintergrund. Diese CDU-Akteure hatten ihre Mehrheiten in den Aufsichtsräten der Bitterfelder BQP und der EBV und haben dem wirtschaftlichen Niedergang und damit dem Weg in die Liquidation beider Firmen tatenlos zugesehen. Daraus resultierte schließlich im Jahr 2013/14 der angebliche Notverkauf von circa 3.500.000 qm Land- und 13.300.000

qm Seefläche für 2,88 Millionen Euro. Wer nachrechnet, kommt auf einen Quadratmeterpreis von weniger als 83 Cent – ein echtes Schnäppchen! Und die Wasserflächen gab es quasi noch gratis dazu.

Während der Renaturierung vom Braunkohletagebau zum Naherholungsgebiet hatte die Goitzsche den Steuerzahler in den Jahren davor deutlich mehr als 300 Millionen Euro gekostet. Und momentan wird für Bauland an der Goitzsche ein Preis von bis zu 250 € pro qm bezahlt.

Und als ob das noch nicht ausreichen würde, liegt unter der Wasseroberfläche ein abbaubarer Bernsteinschatz, der laut Geologen einen geschätzten Umfang von etwa 700 Tonnen hat. Wenn man ein Kilogramm unbearbeiteten Bernstein niedrig bewertet, also mit nur etwa 300 €, sprechen wir hier von einem zusätzlichen „Geschenk“ an die Investoren von mindestens 210 Millionen Euro.

Die Goitzsche ist nicht genug: Der Skandal weitet sich aus

Eigentlich sollte dieser Skandal ja schon ausreichen, aber uns ist im Zuge der Untersuchungen zur BQP-Aufklärung noch mehr Unglaubliches zur Kenntnis gelangt: Es sind nicht nur die Flächen an und um die Goitzsche bei der Liquidation der BQP verschleudert worden, sondern auch noch weitere Grundstücke, die sich im Besitz der BQP befunden haben, und zwar in etwa noch einmal der gleichen Größenordnung.

Auffällig dabei ist die Tatsache, dass der verantwortliche Liquidator in den für uns einsehbaren Unterlagen sehr „großzügig“ beim Verkauf dieser Flächen war. Es haben keinerlei Ausschreibungen oder meistbietende Versteigerungen stattgefunden. Auch wurden keine Immobilienmakler involviert, um die Grundstücke zu angemessenen Preisen zu verkaufen. Wie die einzelnen Käufer und der Verkäufer – Liquidator Veit Wolpert, FDP – zueinander gefunden haben, bleibt völlig im Dunklen.

Um eine Vorstellung zu geben, worum es hier im Detail geht, hier als Beispiel der „spektakulärste“ Grundstücksdeal, der in den Unterlagen zu finden ist:

Eine Fläche von gut 30.000 qm wurde für nur rund 300 € verkauft. Ja, Sie haben richtig gelesen, hier wurde der Quadratmeter für 0,01 € verschleudert! Und so viel darf verraten werden: Es handelte sich bei der Fläche um keine ehemalige Giftmülldeponie oder etwas vergleichbar Wertgemindertes. Auf die oben beschriebene Art und Weise sind viele hunderttausend Quadratmeter aus dem Vermögen der BQP noch bis ins Jahr 2021 durch den Liquidator „verkauft“ worden.

Liebe Leser des StadtKuriers, hier soll noch einmal kurz zusammenfassend gesagt werden: Wenn Sie falsch parken, wenn Sie Ihre Rundfunkgebühren nicht bezahlen, wenn Sie in den sozialen Medien eine „falsche“ Meinung kundtun oder sich eines anderen Vergehens schuldig machen, werden Sie dafür zur Rechenschaft gezogen. Und wenn Sie Ihre Strafe, Ihr Bußgeld nicht zahlen können, landen Sie dafür sogar manchmal „ersatzweise“ im Gefängnis. Die Staatsanwälte, das Finanzamt und auch die öffentlich-rechtlichen Medien machen bei der Verfolgung der kleinen Leute immer ihren Job bis zum bitteren Ende. Viele von Ihnen werden das schon selbst erlebt haben.

Wenn Sie aber Teil des Goitzsche- und BQP-Skandals in Bitterfeld-Wolfen sind, wird kein Staatsanwalt und auch kein Finanzamt aktiv. Und die Medien, deren eigentliche Aufgabe die Aufdeckung eines solchen Skandals wäre, helfen stattdessen intensiv bei der Vertuschung mit.

Die AfD im Landkreis Anhalt-Bitterfeld, insbesondere die Mitglieder des jetzigen und des künftigen Stadtrats von Bitterfeld-Wolfen, werden dafür alles in ihrer Macht stehende tun, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und die Goitzsche mit allem, was dazugehört, wieder in die Hände der Bürger zu legen.

Darauf können Sie sich verlassen!

BIG-Hotel für Flüchtlinge? Vier Millionen Schaden für den Steuerzahler

Gegen Ende des Jahres 2015 unterzeichnete der damalige Landrat Uwe Schulze (CDU) eigenmächtig – das heißt ohne Beteiligung des Kreistags – einen Vertrag über die Anmietung des BIG-Hotels in Wolfen für die Dauer von fünf Jahren für insgesamt etwa vier Millionen Euro. Zweck der Anmietung war die Unterbringung von 180 Flüchtlingen.

Die AfD-Fraktion im Kreistag beantragte sofort nach Bekanntwerden, also im Frühjahr 2016, die Kündigung des Vertrags, weil aus unserer Sicht eine Unterbringung von Flüchtlingen – also mehrheitlich alleinreisende junge Männer aus dem Nahen Osten oder Nordafrika – in diesem Wohngebiet abzulehnen ist.

Der Antrag wurde vom Vorsitzenden des Kreistages, Veit Wolpert (FDP), für unzulässig erklärt, der Kreistag stimmte gegen



Das BIG-Hotel liegt mitten in einem Wohngebiet in Wolfen und ist daher völlig ungeeignet als Unterkunft für Flüchtlinge.

die Aufnahme auf die Tagesordnung. Einige Monate später trat der Landrat dann aber vom Vertrag zurück und der Kreistag sollte die Suppe auslöfeln. Der Landkreis wurde nämlich vom Vermieter auf Schadenersatz verklagt. Vier Millionen Euro fielen der Kreiskasse und somit dem Steuerzahler zur Last. Der „Kommunale Scha-

densausgleich“ – eine Art Versicherung – wird für den Schaden nicht aufkommen.

Die AfD-Fraktion forderte daraufhin im Kreistag die persönliche Haftung des ehemaligen Landrates, der sich übrigens aktuell wieder für die CDU zur Wahl für den Kreistag stellt.

Ungenutzte Ressourcen aktivieren zum Nutzen der Stadt: Arbeitspflicht für Asylbewerber



Hier könnte Hand angelegt werden für ein gepflegtes Straßen- und Wegebild in Bitterfeld-Wolfen.

Kaputte Straßen, Fuß- und Radwege gibt es in Bitterfeld-Wolfen – wie im ganzen Land – genug. Natürlich möchte die AfD-Fraktion auch daran etwas ändern, denn unsere Stadt hat viel zu bieten und soll deshalb auch für Bürger und Besucher möglichst in jedem Winkel attraktiv sein.

In unserer Stadt leben auch viele Asylbewerber und Bürgergeldempfänger aus der Ukraine. Viele von ihnen arbeiten nicht, bekommen aber hier bei uns eine Unterkunft und weitere Zahlungen über das Jobcenter oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Da Integration am schnellsten über Arbeit funktioniert und weil die Akzeptanz der Bürger für die Anwesenheit und Versorgung dieser Migranten dadurch steigen würde, wird die AfD-Fraktion auf einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates eine Arbeitspflicht für Asylbewerber und Flüchtlinge beantragen. Konkret soll der Landkreis ein Konzept für Arbeitsgelegenheiten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte von Bürgergeld und Asylleistungen aufstellen. Damit wäre es ohne große Probleme möglich, diese Personen etwa in Zusammenarbeit mit dem Bauhof wertvolle Arbeit für die Gemeinschaft leisten zu lassen.

Wie im Stadtrat darüber diskutiert und abgestimmt wird, erfahren Sie über unsere Kanäle (Facebook, Telegram etc.). Die Adressen finden Sie auf der Rückseite.

Keine Brandmauer in Bitterfeld-Wolfen: Erfolge unserer AfD-Fraktion im Stadtrat

Nicht jeder politische Erfolg ist so bedeutsam wie die Wiedereröffnung der Frauenklinik inkl. Geburtsstation oder der Erhalt des Woliday. Daher schafft es auch nicht jede Erfolgsmeldung in die Presse oder gar in die überregionalen Medien. Erst recht nicht, wenn es sich vermeiden lässt, denn viel bequemer ist es, einfach zu behaupten, die AfD hätte kein politisches Programm und dementsprechend würde sie auch keine politischen Ziele durchsetzen können. Da wird in den Medien gern mal weglassen, auf wessen Initiative hin wichtige Veränderungen in der Stadt angestoßen wurden.

Doch in Bitterfeld-Wolfen können wir eine lange Geschichte erzählen über einen frühen Fall der „Brandmauer“, denn unsere Initiativen und Anträge fanden in der Vergangenheit in der Regel eine Mehrheit und breite Zustimmung im Stadtrat. Hier eine Auswahl an Initiativen durch Anträge, die unsere AfD-Fraktion in den Stadtrat eingebracht hat und die auch mit Zustimmung anderer Fraktionen beschlossen wurden:

- **Einberufung eines Feuerwehrgipfels zur Klärung wichtiger Satzungsfragen:** Die Fortschreibung der Risikoanalyse und des Brandschutzbedarfsplanes erforderte einen „Runden Tisch“ der Ortswehrleiter und Ortsbürgermeister mit der Verwaltung. Das haben wir angeschoben.

- **Grundsatzbeschluss zum Neubau der Feuerwehr Bitterfeld:** Schon 2019 haben wir mit einem Antrag im Stadtrat für ein klares Bekenntnis zum Neubau der Feuerwehr Bitterfeld gesorgt.
- **Zügige Sanierung der Ortsdurchfahrt in Thalheim** (Weiterbau in Rödgen wird noch in 2024 erfolgen): Auch dieser Straßenneubau geht auf unseren Antrag im Stadtrat zurück, mit dem der Landkreis aufgefordert wurde, die Maßnahme um mehrere Jahre vorzuziehen.
- **Transparente Überarbeitung der Nutzungssatzung für städtische Gebäude:** Wir forderten, dass bestimmte Räumlichkeiten der Stadt von allen Bürgern angemietet werden können, und nicht Parteisolдатаn bevorzugt werden.
- **Beschluss einer Resolution gegen die 2G-Regelung im Einzelhandel:** Damit stellten wir uns an die Seite des Mittelstandes und gegen die Spaltung der Gesellschaft in Geimpfte und Ungeimpfte!
- **Errichtung eines Denkmals für den Chemieunfall vom 11. Juli 1968:** Eingeweiht wurde es 2018 zum 50. Jahrestag des Unglücks.
- **Wiederertüchtigung der WC-Anlage in Bitterfeld / Grüne Lunge:** Leider hat die Stadtverwaltung diesen Beschluss



Gedenkstätte für die 42 Todesopfer des Chemieunfalls im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld 1968.

noch nicht umgesetzt. Wir lassen aber natürlich nicht locker!

- **Instandsetzung des Springbrunnens auf dem Theodor-Körner-Platz in Bitterfeld:** Der Beschluss ist auf unseren Antrag hin gefasst worden, die Umsetzung steht noch aus.
- **Einführung des Online-Bürgermelders für Missstände in der Stadt:** Bürger haben seitdem die Möglichkeit, Missstände und Dreckecken über die Internetseite der Stadt unkompliziert zu melden.
- **Einführung eines Baumkatasters:** Die Feststellung des Baumbestands hat das Ziel, die Begrünung durch Bäume ganz praktisch zu erhöhen statt Geld für Klimaschutzkonzepte zu verschwenden.
- **Einführung des Dankeschön-Tickets:** Mitglieder von Feuer- und Wasserwehr haben freien Eintritt im Woliday und im Schwimmbad Bitterfeld.
- **Beschluss einer Resolution:** Gegen Waffenlieferungen und Sanktionspolitik, für bezahlbare Energie und für eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts.



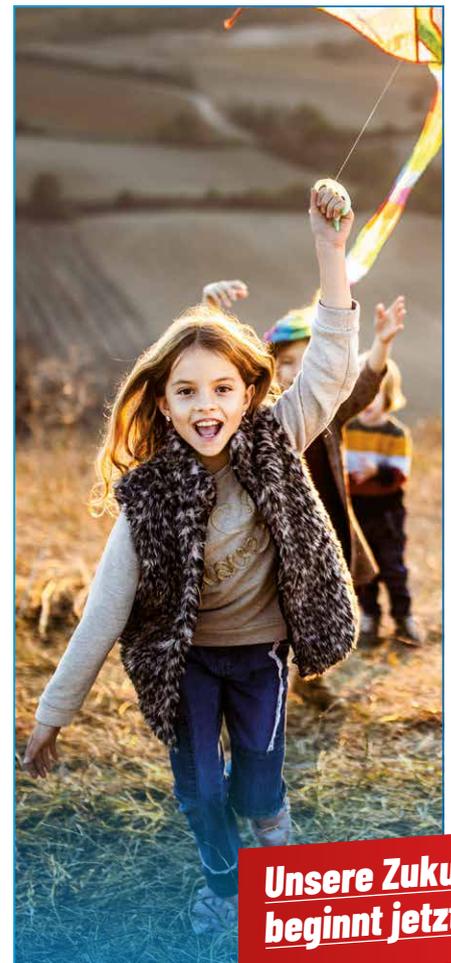
2023 wurde das neue Feuerwehrgerätehaus für die Freiwillige Feuerwehr in Bitterfeld fertiggestellt. Der Neubau geht auf einen Antrag der AfD-Fraktion zurück.

Veranstaltungen und Termine zum Wahlkampfabschluss:

- 31. Mai** ab 18:00 Uhr – Stammtisch im Restaurant „Zur Gondel“, Zörbiger Straße 41, Bitterfeld
-
- 3. Juni** 17:30 bis 19:00 Uhr – Bürgerfest Bitterfeld, Robert-Schuman-Platz
ab 19:00 Uhr – Kundgebung mit Sebastian Münzenmaier MdB, Gereon Bollmann MdB, Jörg Schneider MdB, Kay-Uwe Ziegler MdB und Daniel Roi MdL sowie Live-Musik mit Estéban Cortez
-
- 4. Juni** 9:30 - 12:30 Uhr – Infostand der AfD auf dem Markt Wolfen-Nord
-
- 5. Juni** 9:30 - 12:30 Uhr – Infostand der AfD auf dem Markt Bitterfeld
-
- 6. Juni** 9:30 - 12:30 Uhr – Infostand der AfD auf dem Markt Wolfen-Nord
-
- 7. Juni** 9:30 - 12:30 Uhr – Infostand der AfD auf dem Markt Bitterfeld
-
- 8. Juni** 10:00 bis 13:00 Uhr – Bürgerfest Wolfen-Nord auf dem Markt, Dessauer Allee

15:00 Uhr – Wirtschaftsautokorso mit Zwischenkundgebung
Treffpunkt: 14:00 Uhr Anhalter-Platz Bitterfeld-Wolfen,
Veranstalter: Mittelstand und Autokorso Dessau
-
- 9. Juni** EU- und Kommunalwahl: Geht wählen!
Die Wahllokale sind von 8:00 bis 18:00 Uhr geöffnet.

Weitere Infos zu den Veranstaltungen gibt es über alle Social-Media-Kanäle der AfD Anhalt-Bitterfeld.



**Unsere Zukunft
beginnt jetzt!**

**AfD-Kreisverband
Anhalt-Bitterfeld –
Kontakt und
Social Media:**

- ✉ abi@afd-lsa.de
- ☎ 03493 3397766
- 🌐 afd-anhalt-bitterfeld.de
- 📘 facebook.com/AfD.ABI
- 📺 x.com/AfD_KV_ABI
- 📌 t.me/afd_Anhalt_Bitterfeld

AfD

**Kreisverband
Anhalt-Bitterfeld**

KlarText

DER PODCAST AUS
BITTERFELD-WOLFEN

MIT DANIEL ROI
& NICO TRÜBNER

REINHÖREN UNTER
[YOUTUBE.COM/@KLARTEXT-BIWO](https://youtube.com/@KLARTEXT-BIWO)



**BALD AUF ALLEN
GÄNGIGEN PODCASTPLATTFORMEN!**

Impressum:

Alternativer Stadtkurier, Ausgabe 2 • Mai 2024

Herausgeber (V.i.S.d.P.): Henning Dornack,
Daniel Roi, Kay-Uwe Ziegler, Stadtverband der
AfD (Alternative für Deutschland) Bitterfeld-
Wolfen, Binnengärtenstraße 9, 06749 Bitterfeld

1. Auflage: 20.000 Stück

Bilder: Hollie Santos/Unsplash (Seite 1); iStock/
NataKor (Seite 5); AdobeStock/kentauros (Seite
12); skynesher/iStock (Seite 16); alle anderen:
AfD-Kreisverband Anhalt-Bitterfeld und privat